

# Die reformierte Powerfrau der CVP

Die neue Partei-Präsidentin Brigitte Müller-Kaderli will keine Verlegenheitspräsidentin sein

Von Thomas Gubler

**Allschwil/Liestal.** Eines hat die seit Anfang April amtierende CVP-Präsidentin Brigitte Müller-Kaderli mit ihrem Vorgänger Marc Scherrer gemeinsam: Beide hat man vor ihrer Wahl an die Parteispitze in der Öffentlichkeit nicht oder kaum gekannt. Doch Marc Scherrer erlebte anschliessend einen steilen Aufstieg zum Politpromi. Und auch wer in Brigitte Müller jetzt in erster Linie die Verlegenheitspräsidentin sieht, die der CVP aus der personellen Patsche geholfen hat, muss sich möglicherweise bald eines Besseren belehren lassen.

Die 40-jährige gebürtige Aargauerin, die seit zwei Jahren in Allschwil wohnt, scheint entschlossen, die CVP Baselland voranzubringen und in kantonale Gebiete vor allem im oberen Kantonsteil vorzustossen, die der vorwiegend im Unterbaselbiet und im Laufental beheimateten Partei bisher verschlossen waren. Die neue CVP-Präsidentin bestätigt jedenfalls auch im direkten Gespräch den Eindruck, den sie schon bei ihrer Vorstellung am Wahlparteitag erweckt hat: Diese Frau traut sich etwas zu. Und sie verfügt über das Politiker-Gen.

Aufgewachsen in Wettingen entstammt Brigitte Müller-Kaderli einer Familie, in der Politik zum Alltag gehörte. Ihre Mutter sass für die EVP im Aargauer Grossen Rat. Sie selber stieg schon im Teenager-Alter über das Wettinger Jugendparlament in die Politik ein. Und bereits mit 25 Jahren schaffte die damalige Brigitte Kaderli den Sprung ins Aargauer Kantonsparlament. Von 2005 bis 2009 präsidierte sie die EVP Baden und gehörte während dieser Zeit dem Badener Einwohnerrat an. Familienbedingt trat die Politik im Leben der Mutter zweier Söhne von heute acht und sechs Jahren dann etwas in der Hintergrund. 2015 zog sie mit ihrer Familie nach Allschwil, wo sie politisch neu begann.

## Politisch gewandelt

Diesmal aber nicht mehr in der EVP, wo sie «gross» geworden war, sondern in der CVP. Dies habe weniger mit der EVP als mit ihr selber beziehungsweise mit ihrer gewandelten politischen Einstellung zu tun, erklärt sie. «Ich bin von Mitte-Links nach Mitte-Rechts gerutscht.» Was wiederum mit ihrer beruflichen Veränderung zu tun hat – die ehemalige Kindergärtnerin arbeitet heute selbstständig als Coach für Tagesheime und deren Anspruchsgruppen. Sie fühle sich heute bei den Bürgerlichen einfach wohler. Ja, und da lag ihr die CVP eben näher als die inzwischen doch relativ links positionierte Baselder EVP.

Reformiert ist sie aber geblieben, und dies mit Überzeugung, was sich nicht zuletzt in ihrer Vizepräsidentschaft in der Schweizerischen Evangelischen Allianz manifestiert. Ihre Konfession sei bei der CVP-Spitze nie ein



**Pragmatisch geworden.** Brigitte Müller (40) hat keine Angst vor kritischen Fragen zu ihrer EVP-Vergangenheit. Foto Kostas Maros

Thema gewesen. Dass die Partei aber gleichwohl eine vorwiegend katholisch geprägte ist, weiss sie sehr wohl. Und sonst musste sie es spätestens am Wahlparteitag zur Kenntnis nehmen, als ein Delegierter sein Misstrauen gegen die «Reformierte» formulierte und sich gegen ihre Wahl aussprach. Der Mann blieb nach klarstellenden Voten der Landräte Pascal Ryf und Felix Keller sowie von Regierungsrat Toni Lauber aber nicht nur in der Minderheit, sondern letztlich der Einzige, der sich ihr wirklich verweigerte.

Sie habe mit einer solchen Intervention, die sie im Übrigen souverän zu parieren wusste, gerechnet. «Ich glaube, dass ich in den letzten 20 Jahren genug politische Erfahrung gesammelt habe, um die beiden Hüte miteinander verein-

baren zu können», meint sie selbstbewusst. Ohnehin ist Ängstlichkeit eine Eigenschaft, die man bei Brigitte Müller-Kaderli, die zwei Jahre in Israel gelebt und dort drei Anschläge er- und überlebt hat, vergeblich sucht. Vielleicht, so meint sie, sei es ja auch kein Zufall, dass sie im Reformationsjahr zur CVP-Präsidentin gewählt worden sei.

## Heute pragmatischer

Doch wo steht nun die neue CVP-Präsidentin politisch wirklich? Und wie hält sie es mit den für eine von Glauben und christlichen Wertvorstellungen geprägten Politikerin heiklen Fragen wie dem rigorosen Schutz des Lebens oder den Rechten für Homosexuelle? «Früher war Abtreibung für mich ein No-Go», sagt sie. Heute sehe

sie vieles pragmatischer. Will heissen: Am Grundsatz habe sich zwar nichts geändert, aber beim jeweiligen Einzelschicksal sei unter Umständen auch ein Abweichen vom Grundsatz angebracht. Und das nicht nur in der Abtreibungsfrage.

Das tönt doch erheblich mehr nach CVP als nach religiösem Fundamentalismus. Und mehr nach politischer Bühne, als nach ideologischer Grundsatzdiskussion. Brigitte Müller-Kaderli schliesst jedenfalls ein politisches Comeback in einem kantonalen Parlament keineswegs aus. «Wenn es sich ergibt, warum nicht?», meint sie. Und in jüngerer Zeit hat sich die Gelegenheit für Parteipräsidenten jeweils ziemlich schnell ergeben – spätestens bei den nächsten Erneuerungswahlen.

## Da war mal was

### Was ist an einer Abwahl schlimm?

Von Thomas Gubler



Jüngst wurde im Wallis ein amtierender Regierungsrat abgewählt beziehungsweise nicht mehr im Amt bestätigt; was freilich auf dasselbe herauskommt, aber

etwas vornehmer tönt. Aus der Sicht des Betroffenen und seiner Partei ist ein solches Wählerverdict jeweils eine Katastrophe, ein Weltuntergang light sozusagen. Und nicht selten sind abgewählte Magistraten nachher gebrochene Menschen. Leider.

Denn Hand aufs Herz: Was ist an einer Abwahl wirklich schlimm? Nichts. Im Gegenteil. Bedenklich ist nicht, wenn ein Magistrat oder ein Parlamentsmitglied abgewählt wird. Bedenklich wäre, wenn die Amts- und Würdenträger gewohnheitsmässig oder gar unbesehen wiedergewählt würden. Gerade die Nichtbestätigung eines Magistraten beweist doch, dass eine Demokratie funktioniert, dass sich die Wählerinnen und Wähler etwas überlegen, bevor sie den Zettel einlegen. Ob sie dadurch auch «richtig» handeln, ist eine andere Frage. Die sich im Übrigen, weil das Volk ja immer recht hat, aber gar nicht wirklich stellt.

Im Kanton Basel-Stadt oder im Kanton Solothurn hat das Wahlvolk immer mal wieder einem Magistraten die Rote Karte gezeigt. Und nicht immer hats die Schlechtesten getroffen. Doch darum ging es nicht in erster Linie. Man wollte sie einfach loswerden. So traf es 1996 in Basel CVP-Regierungsrat Christoph Stutz. 2005 ereilte im Kanton Solothurn SP-Regierungsrat Roberto Zanetti das gleiche Schicksal nach nur zwei Jahren Amtstätigkeit. Die Reihe liesse sich problemlos fortsetzen. Im Kanton Solothurn hat man dafür Zanetti 2010 in den Ständerat gewählt, wo er immer noch sitzt. Ein wahrhaft unverkrampfter Umgang des Volks mit dem Wahlrecht – in diesem Fall mit Happy End.

Anders im Kanton Baselland. Hier galten Regierungsräte, einmal im Amt, während Jahrzehnten als «automatisch wiedergewählt». Nur 1950 hatte der Sozialdemokrat Leo Mann den Wiedereinzug nicht geschafft. Und dann zogen wieder 60 Jahre ins Land, bis 2011 in Liestal wieder der Blitz einschlug und SVP-Baudirektor Jörg Krähenbühl abgewählt wurde. Dabei bestand die Katastrophe für den direkt Betroffenen nicht zuletzt darin, dass das Ereignis so selten vorkommt und schon niemand mehr damit rechnete. Ähnlich tragisch war die Situation auf Bundesebene, als mit Ruth Metzler nach 131 Jahren wieder ein Mitglied der Landesregierung abgewählt und durch Christoph Blocher ersetzt worden war – der dann vier Jahre später seinerseits den Sessel räumen musste.

Sollte das Baselder Stimmvolk am 21. Mai die Amtszeitbeschränkung für Landrätinnen und Landräte auf vier Amtsperioden aufheben, werden Abwahlen vielleicht auch im Baselland etwas «normaler». Denn angeblich soll das Wahlvolk, so jedenfalls argumentieren die Befürworter der Aufhebung, «ein feines Gespür» dafür haben, wann es genug ist, und vermehrt zur Roten Karte greifen. thomas.gubler@baz.ch

## Nachrichten

### Baselder Polizei am Lausner Märt

**Basel.** Am kommenden Samstag, zwischen 9 und 17 Uhr, findet in Lausen der traditionelle und weitherum bekannte Lausner Märt statt. Die Polizei Basel-Landschaft wird mit einem Stand in der Wolfgasse vertreten sein. Mitarbeitende der Polizei stellen sich dort den Fragen interessierter Besucherinnen und Besucher und geben Auskunft. Ein wichtiges Thema werden die Einbruchdiebstähle sein. Aber auch zu anderen Themen wie Trickdiebstahl, Enkeltrickbetrug können Broschüren bezogen werden.

# Spital-Initiative: Über Fakten und Unwahrheiten

Der Abstimmungskampf ums Bruderholzspital wird heftig und ist geprägt von falschen Behauptungen

Von Joël Hoffmann

**Binningen.** Eine Unwahrheit wird nicht wahrer, je öfter man sie äussert – aber sie prägt sich in die Köpfe der Menschen ein. Im Abstimmungskampf um die Bruderholz-Initiative wird mit harten Bandagen gekämpft. In einer komplexen Angelegenheit wie dem Gesundheitswesen sind Verkürzung und pointierte Aussagen Teil des Abstimmungskampfes. Aus Sicht der Gegner der Bruderholz-Initiative argumentieren die Initianten mit Unwahrheiten. In der Tat sind einige Hauptargumente der Initianten schlicht faktenwidrig.

Die Initianten wehren sich gegen die Spitalfusionspläne der beiden Basel, weil das Bruderholzspital künftig «nur noch» eine ambulatorische Tagesklinik mit stationärer Orthopädie sein soll und kein Komplettspital mehr. Sie befürchten, dass die Gesundheitsversorgung im Unterbaselbiet nicht mehr gewährleistet wäre. Dasselbe gilt für das Spital Laufen, das nun also zusammen mit

dem Bruderholzspital gerettet werden soll – darum müsse das Volk am 21. Mai die Initiative annehmen.

Die Regierung und der Landrat sind hingegen der Ansicht, dass die Gesundheitsversorgung mit der Transformation an den Standorten Laufen und Bruderholz weiterhin gewährleistet sei. Man müsse in der Spitallandschaft den ökonomischen Möglichkeiten des Kantonsospitals Baselland (KSBL) und dem medizinischen Fortschritt (immer mehr Behandlungen sind ambulant möglich) Rechnung tragen.

Wie sich Patientenzahlen sowie ökonomische und politische Rahmenbedingungen entwickeln werden, kann nicht klar vorausgesagt werden. Vielleicht ist die Regierung zu optimistisch, vielleicht sind die Initianten aber auch zu pessimistisch. Doch das Initiativkomitee setzt nicht nur auf diese Grundsatzfrage, sondern auch auf offensichtlich faktenwidrige Argumente. Das Gegenkomitee hat einige zusammengestellt und diese mit Quellenverweisen belegt.

Das Hauptargument der Initianten: Basel ist teurer als Baselland, weil das Unispital die höchste Baserate hat. Die Baserate ist der Grundpreis, mit dem stationäre Behandlungen abgegolten werden. 55 Prozent davon bezahlt der Kanton, 45 die Versicherung. Ohne Bruderholzspital, so die Initianten, müsse der Baselder Steuerzahler tiefer in die Tasche greifen.

## Die Mär der günstigen Medizin

Tatsache ist aber, dass sich bereits heute 76 Prozent der Unterbaselbieter ausserhalb des Kantons behandeln lassen. Zudem: Gemeinnützige Privatspitäler wie das Claraspital bieten ebenfalls erweiterte Grundversorgung an und haben einen tieferen Basispreis als das Bruderholzspital und zudem einen hervorragenden Ruf. Ferner arbeitet das Bruderholzspital defizitär, weshalb unter dem Strich selbst eine Behandlung im teureren Unispital Basel den Baselder Steuerzahler letztlich günstiger kommt. Die Initiativgegner ver-

weisen auf die Vorlage der Regierung zur Spital-Initiative. Diese hat die Zahlen vom KSBL. Der Fehlbetrag pro Fall auf dem Bruderholz beträgt demnach 1500 bis 3000 Franken. Das Argument der Initianten, das Bruderholz biete günstige Medizin, ist also falsch.

Die Initiativgegner ärgern sich zudem über ein Flugblatt der Initianten, wonach Basel-Stadt das Bruderholz schliessen oder «massiv reduzieren» möchte. Das ist falsch. Die Pläne für das Bruderholzspital im Falle einer Spitalfusion ist öffentlich. Auf dem Bruderholz entsteht unter anderem ein Zentrum für Orthopädie, also die Disziplin, die unter Fachleuten als besonders lukrativ gilt. Das Unispital Basel gibt sogar die Orthopädie ans Bruderholzspital ab.

Ein weiterer Streitpunkt ist der bauliche Zustand des «Hölzli». Hier sehen die Initianten keinen Handlungsbedarf, während Spitalleitung und Regierung den Sanierungsbedarf betonen.

Man kann verschiedene Meinungen haben, doch Fakten sind Fakten.